Abg. Frhr. v. Zedlitz (frk.): Ich teile die Auffassung von der Notwendigkeit einer sachgemäßen Ordnung der Wohnungsverhältnisse in den Großstädten nicht nur im Interesse der Gesundheit, sondern auch weil darin ein Mittel liegt, den Zuzug in die Großstädte zu mindern. Zu der Frage der Dezentralisation der Verwaltung möchte ich einige Anregungen geben. Nachdem der Minister erklärt hat, daß die 3 Instanzen: Oberpräsident, Regierungspräsident, Landrat erhalten werden sollen, ist mit einer Ausschaltung der 2. Instanz nicht mehr zu rechnen. Es muß deshalb die Dezentralisation an einer anderen Stelle einsetzen; es muß der Entscheidung einer Stelle übertragen werden, die Prüfung mit der Bedeutung hat. Zunächst muß die Schulverwaltung dezentralisiert werden. Ich meine dann weiter, daß alle Geschäfte erster Instanz von der Bezirksregierung auf die Kreisinstanz übertragen werden sollten. Aber auch die Zentralinstanz im Ministerium könnte von einer Menge Geschäfte entlastet werden. Dann würden sich die Minister besser ihren großen Aufgaben widmen können, mit denen wir dann schneller vorwärts kommen würden. Der Instanzenzug im Verwaltungsstreitverfahren und im Beschlußverfahren ist so künstlich, daß fast alle Sachen sämtliche Instanzen durchlaufen müssen. Heute ist es ein Staat des Oberverwaltungsgerichtes damit beschäftigt, ob dieser oder jener Unterbrauer eine Düsseldorfer Straße von 4 oder 10 m mit Recht erhalten hat. Solche Klagesachen könnten wirklich in einer unteren Instanz endgültig entschieden werden. (Sehr richtig!) Wir leiden heute an einem großen Uebermaß von Kontrolle. (Sehr richtig!) Noch im Reichstage wurde neulich darauf hingewiesen, daß 1/3 aller Beamten damit beschäftigt ist, zu kontrollieren. Solches Uebermaß von Kontrolle ist bei einem guten Beamtenheere nicht nur überflüssig, sondern schädlich, denn es lähmt die eigene Verantwortung. (Sehr richtig!) Die Beamten können schließlich gar nicht mehr mit voller Verantwortung eine Entscheidung treffen, weil sie sich sagen, daß oben noch etwas daran geändert werde. Ich lege dem Uebermaß der Kontrolle die Hauptschuld daran bei, daß man, während das übrige Volk in großer geistiger Regsamkeit sich befindet, in unseren unteren Instanzen nicht im Automobiltempo, sondern noch immer Droschke zweiter Klasse fährt. (Zustimmung.) Es wird alles nach Schema F gemacht. Es ist nicht nötig, daß in Ostpreußen alles genau so gemacht wird wie im Westen, im Gegenteil, es ist nützlich, wenn die speziellen Bedürfnisse berücksichtigt werden. Ist nun für die Beamten die Aufsicht und die Kontrolle auf ein richtiges Maß zu beschränken, so gilt dasselbe für das Verhältnis des Staates zu den Kommunen. Es muß zwischen beiden das alte Vertrauensverhältnis wieder hergestellt werden. Wir werden jetzt die Jahrhundertfeier der Städteordnung feiern können. Die freie Selbstverwaltung ist ein Edelstein in unserer Verfassung, und wir müssen sie sich wieder frei entfalten lassen. (Beifall links.) Die Grundlagen des Kommunalabgabengesetzes haben sich eingelebt, und deshalb können wir jetzt die Staatsaufsicht etwas lockerer machen und den Gemeinden mehr Freiheiten gewähren. (Sehr richtig! links.) Die Städte müssen eine Reihe von Unternehmen in eigene Regie übernehmen, damit ihren Schulden auch Einnahmequellen gegenübertreten. Der Minister soll das Vertrauen zu den Gemeinden haben, daß sie sich selbst verwalten können und der Staatsaufsicht nicht mehr in so großem Maße bedürfen. Die Nationalitätenfrage berührt auch in der Nordmark, wenn sie auch dort nicht so große Bedeutung hat wie in der Ostmark. In Nordschleswig sieht man in der Verordnung von 1848 wonach Ausländer nur mit der Genehmigung der Polizeibehörde sich ansiedeln dürfen, einen Schutz für das Deutschtum und würde bedauern, wenn der Minister etwas daran ändern würde. Die terroristischen Bestrebungen müssen mit aller Sicherheit zurückgehalten werden. Anderseits wünscht man aber dringend, daß das Deutschtum in Nordschleswig in ähnlicher Weise unterstützt werde, wie im Osten, namentlich durch bessere Bahnverbindungen, durch Erleichterung der Ansiedlung von Deutschen und Gewährung billiger Darlehen, durch die Errichtung von Volkshochschulen usw. Man ist in Nordschleswig enttäuscht, daß in dem jetzigen Etat nicht schon Mittel für diese Ausgaben vorgesehen sind. Die deutschnationalen Interessen müssen natürlich auf der ganzen Linie gewahrt werden. Wir müssen Mittel und Wege finden, die nationalen Ziele voll zu erreichen. Wir müssen in den gesetzgebenden Körperschaften zu einer Einigung kommen. Auch gegenüber der Sozialdemokratie muß die Regierung die deutschnationalen Interessen hochhalten. (Lebhafter Beifall.)

Minister v. Moltke: Für die Anregungen der Vorredner bin ich dankbar, besonders aber Herrn Frhrn. v. Zedlitz. Ich muß jedoch dabei bestehen bleiben, auf einem Programm über die Reorganisation der Behörden jetzt nicht hervorzutreten, will aber gerne aussprechen, daß ich mich in sehr vielem mit ihm berühre. (Beifall.) Nun ist Herr v. Zedlitz eingegangen auch auf eine Frage nationalen Interesses, auf die Verdrängung in unserer Nordmark. Dort ist eine gewisse Erregung entstanden durch den mit Dänemark geschlossenen Vertrag vom 5. Januar v. J., wonach Optantenkinder auf ihren Antrag naturalisiert werden können. Wir wollten durch dieses Abkommen ein gewisses Entgegenkommen zeigen, haben aber ausdrücklich verlangt, daß auch Dänemark mit allen Mitteln diesen Rechtszustand schützen soll. Durch die Erklärungen der dänischen Minister ist der terroristischen Bewegung eine Grenze gezogen. Es war vorauszusehen, daß unser Abkommen für einige Teile Nordschleswigs Unbequemlichkeiten hatte, aber im Interesse der auswärtigen Politik wollten wir die Heimatzugehörigkeitsverhältnisse dort ordnen. Es sind mehr als 5000 Optantenkinder angegeben worden, aber die deutsche Bevölkerung schreitet vorwärts, und die Verwaltung wird alles dazu tun. (Beifall.) Kultusminister und Arbeitsminister haben mehrere besondere Maßnahmen getroffen. Wir wollen die bodenständige Bevölkerung mit voller Sachlichkeit behandeln, aber auch allen deutschfeindlichen Bestrebungen mit vollem Nachdruck entgegentreten. (Beifall.) Dieses Stück deutscher Erde muß immer inniger an uns gebunden werden, damit das Wort seine Wahrheit behalte: Up ewig ungedeelt! (Beifall.)

2. Abg. Dr. Migerski (Pole): Die Stellung des neuen Ministers zur Polenfrage ist charakterisiert dadurch, daß sein Name der Vorlage vorangesetzt, heute Schicksal jetzt im anderen Hause entschieden wird. Im übrigen ist der Minister noch ein unbeschriebenes Blatt für uns. Die Postsendungen mit polnischen Adressen werden oft wegen der durch das Ministerium des Innern vollzogenen Namensänderung falsch geleitet, sie gehen z. B. nach Westfalen statt nach Posen. Diese Wiedertäuferei der Ortsnamen hat keinen anderen Zweck, als die Polen zu schikanieren. Bei einer Festlichkeit wurde eine Dame, die eine weiße Bluse und einen roten Gürtel trug, wegen dieser Zusammenstellung der polnischen Farben gezwungen, den roten Gürtel abzulegen. (Heiterkeit.) Vor einigen Tagen verbot ein Amtsvorsteher auf Grund des Ansiedlungsgesetzes einer Familie, die in einem Wohnwagen wohnte, in diesem einen Ofen zur Heizung aufstellen, und drohte für den Fall des Zuwiderhandelns 60 M Geldstrafe an. (Heiterkeit.)

Abg. Müsterberg (Frs. Vgg.) bemerkt bezüglich des Automobilwesens, daß das Sind nicht mit dem Bade ausgeschüttet werden dürfe. Die Wünsche des Herrn v. Zedlitz für die Dezentralisation der Verwaltung teile er, jedoch möchte er dadurch keine Verstärkung der politischen Macht der Landräte herbeigeführt sehen. Redner wendet sich dann zur Frage der Prostitution: Wiederholt habe ich auf die Gefahr aufmerksam gemacht, die in der Reglementierung der Prostitution liegt. Ich muß anerkennen, daß die Sittenpolizei durch Anstellung von Frauen z. bemüht ist seit einiger Zeit, so human wie nur möglich vorzugehen. Preußen als der größte Bundesstaat soll damit vorangehen, auf diesem Gebiete gründlich Wandel zu schaffen. In der Behandlung des Kolegen Stroffer, es könne keine anständige Dame mehr auf die Straße gehen, ohne belästigt zu werden, liegt doch eine gewisse Uebertreibung. Sind nicht gerade auch die Männer schuld daran, die jede Achtung vor dem weiblichen Geschlecht verloren haben? Für die Bekämpfung der Schmutzliteratur wird der Minister den Beifall jedes verständigen Menschen ernten, aber es darf nicht dahin kommen, daß öffentliche Bildsäulen heimlich im Interesse der sog. Sittlichkeit verstümmelt werden. Die sog. Wahrheit sind allerdings für nichts anders als Schweinereien anzusehen. Auch bei der Theaterzensur solle man dem gute Geschmack des Publikums vertrauen; die Vorstellungen Goethes und Schillers sind bis auf den letzten Platz gefüllt, die minderwertigen Theater gehen alle ein. (Widerspruch rechts.) Ja, ich kenne es nicht anders, ich sehe mir nur gute Stücke an. (Heiterkeit.) Großen Zuzug erhält die Prostitution aus dem Dienstbotenstande. Die Verbesserung der Wohnungsverhältnisse ist auch in dieser Hinsicht von Bedeutung. Die Heilung dieser Schäden ist am meisten zu erwarten von der Verbesserung der Erziehung der Jugend. Ferner kommen drei Faktoren in Betracht: die Verbesserung der Wohnungsverhältnisse, die Heilung der Trunksucht und die Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten. Wohnungselend und Geschlechtselend gehen Hand in die Grundübel. Wo bleibt das Wohnungsgesetz? Vor einer Reihe von Jahren ist es in Aussicht gestellt, ein Entwurf ist veröffentlicht worden. Allerdings würde ein solches Gesetz, das, um wirksam zu sein, tief in die bestehenden Verhältnisse eingreifen müßte, wahrscheinlich jahrelanger Vorarbeiten bedürfen, ehe es durchzubringen ist. Aber der Staat muß einen Versuch damit machen. Gewiß ist auf diesem Gebiete schon vieles geschehen, der Staat gibt seit einer Reihe von Jahren regelmäßig Mittel, um die Wohnungen der Staatsarbeiter und Unterbeamten zu verbessern, und es bestehen schon 600 Wohngenossenschaften, die das gleiche Ziel erstreben. Die innere Kolonisation und die Not platte Land eine wichtige Aufgabe. Vielleicht kann mit ihrer Hilfe auch den Städten Heilung erwachsen, denn die Ueberfüllung der Städte ist sicherlich ein großer Schaden. Der Fehler unserer Gesetzgebung ist immer der, daß wir an Symptomen herumkurieren, aber uns scheuen, in die Tiefe der Probleme zu gehen. Fürsorgeerziehung und innere Kolonisation sind zwei Mittel, zu einem guten Ziele zu kommen. Schwachsinn, Blödsinn, Irrsinn, alles das hängt zusammen mit der Trunksucht. Alles, was bisher geschehen ist, ist unvirksam gewesen, weil wir nur an den äußeren Schäden herumkurieren. Wir müssen vor allem die Jugend vor der Trunksucht bewahren. (Lebhafter Beifall.)

Abg. Riesser (Dän) führt Klage über die Behandlung der Dänen in Nordschleswig, namentlich über das Verbot von Vorträgen nicht nur über politische, sondern sogar über rein wirtschaftliche Fragen, und das Verbot von Theateraufführungen, sowie über die Ausweisungen.

Gegen 4½ Uhr wird die weitere Beratung des Etats des Ministeriums des Innern auf Freitag 11 Uhr vertagt.

Parlamentarisches.

Reichstag.

* Die Budgetkommission setzte am Donnerstag die Generaldebatte über den Etat für Ostafrika fort. Es ergreift zunächst das Wort der Abg. Lebedour (Soz.), der sich dagegen verwahrt, als ob er und seine Freunde die Kolonialpolitik des Staatssekretärs unterstützten. Sie seien grundsätzliche Gegner der Kolonialpolitik und wollten nur im einzelnen bessern, was sie könnten. Er legt dann in aller Ausführlichkeit dar, wie er sich im einzelnen die Erreichung der „Harmonie der Interessen" denke, und bermeißt dabei auf die infolge der „starken sozialdemokratischen Gewerkschaftsbewegung" in Deutschland eingeschlagenen Wege der Sozialreform. Der Vorsitzende der Kommission ruft den Redner zur Sache, worauf dieser ihm erwidert, er möge sich nicht als Aufseher in einen Baumwollplantage fühlen. Staatssekretär Dernburg verwahrt sich dagegen, daß der Abg. Lebedour ihm Mangel an sozialem Verständnis und nationalem Gefühl vorwerfe. Die Generaldebatte wird hiermit geschlossen. In der Spezialdebatte regt Abg. Erzberger (Z.) an, den „vorläufigen Etatsabschluß", der gar keine Bedeutung habe und auch den sich kein Abgeordneter berufen könne, ohne den Widerspruch der Regierung zu erregen, aus dem Etat herauszulassen und damit Geld und Zeit für die nutzlose Arbeit zu sparen. Ministerialdirektor Dr. Conze hält diese Anregung für eine bedeutende Erleichterung für die Verwaltung; er sei dankbar, wenn die Kommission der Anregung zustimme. Abg. Lattmann (Wirtsch. Vgg.) erklärt ebenfalls seine Zustimmung und wünscht Erhöhung des Voranschlags der Steuereinnahmen. Abg. Dr. Semler (nl.) ist auch einverstanden, wünscht aber, die Frage, ob das Schwergewicht der Rechnungslegung in die Kolonie selbst verlegt werden soll, offen zu lassen. Abg. Erzberger widerspricht einer Erhöhung der Hüttensteuer mit Rücksicht auf die Hungersnot im Osten der Kolonie. Gouverneur Frhr. v. Rechenberg macht auf Anregung des Vorredners eingehende Mitteilungen über die Steuererhebung. Abg. Dr. Arning (nl.) bittet, zu erwägen, ob nicht die Hüttensteuer durch eine Kopfsteuer ersetzt werden könne. Der Staatssekretär erklärt hierauf, daß der Neger verhältnismäßig weit höher besteuert ist als der deutsche Arbeiter. Abg. Dr. Arendt (Rp.) befürwortet den vom Abg. v. Liebert gestellten Antrag auf Erhöhung der Hüttensteuer von 1,8 auf 2,2 Millionen Mark. Die Erhöhung sei in den tatsächlichen Verhältnissen begründet. Redner geht sodann auf die Rätselhaftigkeit und Möglichkeit des allmählichen Ausbaues der Selbstverwaltung ein. Gegebenenfalls möge man auch vor einer Zwangseinführung nicht zurückschrecken. Der Gedanke, die Neger an bessere Wohnstätten zu gewöhnen, sei sehr erwägenswert. Staatssekretär Dernburg widerspricht der Erhöhung des Steueranlages und macht auf die Hindernisse aufmerksam, welche der Erweiterung der Selbstverwaltung entgegenstehen, die Unmöglichkeit der Zwangseinführung, die Eigenart der Neger, die zum Beispiel trotz der schönen Kunststraßen, auch mit den schwersten Lasten, immer nur ihre seit Jahrhunderten benutzten Negerpfade gehen. Die Selbstverwaltung entzieht dem Reichstage die nötige Einsicht und den nötigen Einfluß auf die Verwendbarkeit der Mittel. Abg. Giesberts (Soz.) findet es charakteristisch, daß der Staatssekretär die Rechte des Reichstags gegenüber Mitgliedern desselben in Schutz nehmen müsse. Er widerspricht der Erhöhung des Steueranlages und der Bewilligung weiterer Pauschalsummen. Abg. Erzberger kritisiert das Vorgehen gegen den Staatssekretär, dem man bei seinem Streben nach Sanierung der Verhältnisse in den Rücken falle, indem man den Verwaltungsbeamten in der Kolonie eine Freiheit in der Verfügung über die Gelder gebe, gegen die man seit Jahren kämpfe. Abg. Dr. Wiemer (Frs. Vp.) spricht sich für die Erhöhung der Steuereinnahme auf 2 Millionen Mark aus; es unterliege gar keinem Zweifel, daß dieser Betrag erreicht werde. Staatssekretär Dernburg: Der Etat sei mit größter Vorsicht aufgestellt; man möge nicht künstlich auf dem Papier eine Entwicklung machen, sondern zu der Arbeit der Regierung Vertrauen haben. Werde die Summe um 200 000 M erhöht, so bedeute das für das Reich nur ein Mehr von 100 000 M, da gesetzmäßig die Hälfte der Steuereinnahmen an die Kommunen fließen, das Verfügungsrecht über diese Summe also wieder den Beamten zustehe. Wolle man aber bei der Erhöhung der Summe verharren, so möge man im Dispositiv den Beitrag zu den Kosten der Landespolizei, der von den Gesamteinnahmen abgezogen wird, um 200 000 M erhöhen, um so das Verfügungsrecht über die ganze Summe dem Reiche zu sichern. Abg. Dr. Paasche (nl.) führt aus, um Kommunen handele es sich nicht, sondern um Mitteilte, und diese hätten Großes geleistet. Der Staatssekretär möge nicht darauf bringen, die Kommunalverwaltung der Reichskontrolle zu unterwerfen. Abg. Erzberger stellte namens seiner Freunde den Antrag, den entsprechenden Antrag Abg. Frhr. v. Richthofen (k.) befürwortet die Erhöhung des Steueranlages. Nach weiterer Debatte über die Bedeutung der Erhöhung für die Reichskasse bezw. die Kommunen und dem Schlußwort der Referenten wird zunächst der Antrag Erzberger, betreffend Fortfall des „vorläufigen Rechnungsabschlusses" angenommen, dann die Aenderung im Dispositiv nach dem Antrag Erzberger mit 14 gegen 13 Stimmen und endlich die Erhöhung des Steueranlages auf 2 Millionen. Die Zölle werden genehmigt. Bei den sonstigen Abgaben rc. führt Staatssekretär Dernburg aus, hinsichtlich der Ergebnisse der Forstwirtschaft habe bisher ein zu großer Optimismus geherrscht, die Ergebnisse seien hinter den Erwartungen weit zurückgeblieben. Er habe die Pflicht, von jedem Optimismus zu warnen. Die Schwierigkeit liege in dem Mangel an Transportwegen. Abg. Dr. Paasche meint, für die Zukunft seien gewiß große Beträge aus der Forstwirtschaft zu erwarten. Abg. Erzberger fragt, ob die jahrelachen, auf Grund des früheren Optimismus bewilligten Forstbeamten anderweitig beschäftigt werden können. Staatssekretär Dernburg erwidert darauf, die Erhaltung der Wälder und die weitere Aufforstung sei schon aus klimatischen Rücksichten notwendig. Abg. Dietrich (k.) ist der Ansicht, daß die Forstwirtschaft eine große Zukunft habe. Der Neger sei ein gewerbemäßiger Waldverwüster, demgegenüber sei Vorsorge geboten. Staatssekretär Dernburg: Die Holzentdeckung der Forstwirtschaft ist nicht ein Seltreten. Es ist gar nicht richtig, das durch hohe Einsätze in den Etat hineinbringen zu wollen. Abg. Dr. Arendt (Rp.): Die Zukunft der Forstwirtschaft ist ungetrennlich von dem Fortgang der Verkehrswege. Redner wünscht ein zweites Sanatorium in den Usambarabergen. Staatssekretär Dernburg ist erfreut, daß man im Gegensatz zu früher die Kolonialverwaltung erhöhte Ausgaben und neue Anlagen fordere. Die Beamten wollten nicht ein zweites Sanatorium, sondern wünschten ihren Urlaub in der Heimat unter Verwandten und Freunden zu verleben. Hierauf vertagt sich die Kommission auf Freitag.

* Die Kommission für das Vereinsgesetz verhandelte am Donnerstag über den bisher zurückgestellten § 7 des Entwurfs, den sogenannten Sprachenparagraphen, der nach der Regierungsfassung folgenden Wortlaut hat: „Die Verhandlungen in öffentlichen Versammlungen sind in deutscher Sprache zu führen. Ausnahmen sind mit Genehmigung der Landeszentralbehörde zulässig." Zentrum, Polen und Sozialdemokraten beantragen vollständige Streichung. Für den Fall der Ablehnung dieser Anträge wünschen die Abgg. Brejski (Pole) u. Gen. folgenden Zusatz: „Als deutsch sind alle Sprachen und Mundarten zu behandeln, welche im Deutschen Reich von Reichsangehörigen als Muttersprache gesprochen werden." Die Abgg. Dr. Müller-Meiningen, Traeger (Frs. Vp.) u. Gen. haben folgenden Antrag gestellt: „Den § 7 zu fassen, wie folgt: 1. Die Verhandlungen in öffentlichen Versammlungen (§ 3 Abs. 1) sind in der Regel in deutscher Sprache zu führen. 2. Wenn in einer öffentlichen Versammlung in einer fremden Sprache verhandelt werden soll, so haben die Veranstalter die nach § 1 Abs. 1 erforderliche Anzeige mindestens drei Tage 24 Stunden vor dem Beginn der Versammlung bei der Polizeibehörde zu erstatten. Bei der Anzeige muß die Absicht, in fremder Sprache zu verhandeln, mitgeteilt werden und die Bezeichnung dieser fremden Sprache selbst erfolgen. 3. In Versammlungen, für welche die in Abs. 2 vorgeschriebene Mitteilung von dem Veranstalter nicht erfolgt, ist der Gebrauch einer fremden Sprache nicht erlaubt. 4. Die Anzeige gemäß Abs. 2 wird durch die öffentliche Bekanntmachung nicht ersetzt." — Abg. Fürst Radziwill (Pole) bittet um Ablehnung des § 7, eventuell um Annahme des Zusatzantrages der Polen. Zu staatsrechtlichem Sinne gehörten die Deutschen aller Nationen zum Vaterland, also sein Reichstagsbezirk, das sei auch in Bezug auf die Sprache der Fall, und behalbb müsse die entsprechende Konsequenz gezogen werden. — Abg. Graf Oppersdorff (Z.) erörtert zunächst in längeren Ausführungen den deutschen Rechtszustand in Preußen, der im großen und ganzen der Gerechtigkeit entspreche. Im Interesse des Vaterlandes müßten die bisherigen Bahnen der Polenpolitik verlassen werden. — Für den Patrioten in den Ostmarken sei die Opposition gegen die Regierung in diesem Falle eine bedauernswerte Notwendigkeit. Abg. Dr. Kolbe (Ntl.) meint, Fürst Radziwill sei wohl gar nicht in der Lage, die Loyalität der polnischen Bevölkerung zu garantieren. Graf Oppersdorff habe mehrere Entscheidungen des Oberverwaltungsgerichts angeführt. Man wolle eben den Gerichten präzise Wege weisen. Seit Dejennien seien Deutsche polonisiert worden. Die katholische Abteilung im preußischen Kultusministerium habe dabei früher viel verschuldet. Mit dem Vorschlage des Grafen Oppersdorff, Erhebungen über die wirtschaftliche und physische Entwicklung der Polen anzustellen, könne man sich einverstanden erklären; das würde zur Aufklärung des ganzen Volkes beitragen. Die deutsche Sprache müßte einmal grundsätzlich als Verhandlungssprache festgesetzt werden. Auf Antrag der Abgg. Fürsten Radziwill und Graf Oppersdorff, die den Verhandlungen im Herrenhause beiwohnen wollen, wird beschlossen, die Sitzung heute früher zu schließen. Abg. Müller-Meiningen: Wir haben versucht, eine Lösung zu finden, die allgemein als ein annehmbarer Ausweg anerkannt werden könnte. Unsere Anträge beruhen auf einem Kompromiß innerhalb der freisinnigen Fraktionsgemeinschaft, von dem abzugehen wir keinerlei Berechtigung haben. Auch die Rücksicht auf das Ausland, zum Beispiel Oesterreich, muß und bestimmen, den Regierungsvorschlag abzulehnen. Mit dieser rein preußischen Angelegenheit sollte man das an sich gute Gesetz nicht belasten. Nach unserm Antrag kann die notwendige Ueberwachung durchgeführt werden; wenn uns die Regierung jedoch das Gegenteil nachweist, werden wir weiter entgegenkommen müssen. Die in Elsaß-Lothringen geltenden Bestimmungen müssen aufrecht erhalten bleiben, deshalb haben wir einen entsprechenden Zusatzantrag eingebracht. Staatssekretär v. Bethmann Hollweg erklärt, daß die Gesetze Erörterungen ablehnen zu müssen, da die beiden Abgg. Fürst Radziwill und Graf Oppersdorff nicht anwesend seien. Er wolle erst morgen das Wort ergreifen. Abg. Dr. Vonderscheer (Z.) bespricht die Verhältnisse in Elsaß-Lothringen. Der erste Statthalter, Generalfeldmarschall v. Manteuffel, habe bei Uebernahme seines Amtes erklärt, der Bevölkerung keine neuen Wunden schlagen zu wollen. Auf dem Wege der Schule könne die Sprachenfrage allmählich geregelt werden. Weitgehende Rücksichtnahme sei inzwischen am Platze. In Elsaß-Lothringen habe diese Sprachenbestimmung des Entwurfs eine große Beunruhigung hervorgerufen. Es könne nur in allem Ernst vor den Folgen der Annahme der Regierungsvorlage warnen. Dem § 7 der Vorlage widerspreche der Reichsgedanke. Abg. Brejski polemisiert zunächst gegen den Abg. Dr. Kolbe, der aus einem polnischen Blatt einen Auszug verlesen hatte. Für diese Haltung des Blattes könnten die Polen um so weniger eine Verantwortung übernehmen, als der Beschwerdeführer, der dafür verantwortlich sei, nicht zu den Versammlungen im Dienste einer polenfeindlichen Partei gestanden habe und deshalb entlassen worden sei. Bisher sei die Ueberwachung der polnischen Versammlungen noch immer möglich gewesen, an geeigneten Beamten fehle es nicht. Kein Mensch glaube an die Möglichkeit der Lostrennung Polens von Preußen, und wenn die Möglichkeit fehle, dann sei die etwaige Absicht töricht. Man solle auch nicht immer verschweigen, daß auf natürlichem Wege — infolge der wirtschaftlichen und ethnographischen Verhältnisse — ganze polnische Bezirke in deutsche aufgegangen seien. Dagegen sei nichts einzuwenden, aber die künstliche Germanisierung habe noch immer Haß und Zwietracht im Gefolge gehabt. Die Abgg. Dr. Müller-Meiningen u. Gen. haben inzwischen zu ihrem obigen Antrage noch folgende Zusätze eingebracht: 5. ohne die ausdrückliche Einwilligung des Vorsitzenden oder des Leiters einer öffentlichen Versammlung darf in derselben in einer nichtdeutschen Sprache nicht verhandelt werden. 6. Die Landesgesetzgebung kann die Einhaltung der Bestimmungen in Abs. 2 bis 4 ganz oder teilweise erlassen. Die Kommission vertagte sich auf Freitag.

* Die Börsenkommission verhandelte heute über den § 52, zu dem mehrere Anträge vorlagen. Die Beratungen ergaben die Annahme des ersten Absatzes des § 52 nach der Vorlage: „Durch ein Börsentermingeschäft, das gegen ein durch dieses Gesetz oder den Bundesrat erlassenes Verbot verstößt, wird eine Verbindlichkeit nicht begründet." Der Absatz 2 wurde nach Zurückziehung eines Antrages Kanitz und Genossen entsprechend dem Antrage v. Brockhausen (k.) in folgender Fassung angenommen: „Das vor, bei oder nach der Abwicklung des Geschäfts Geleistete kann innerhalb einer Frist von drei Jahren zurückgefordert werden. Die Frist beginnt mit dem Zeitpunkte, in welchem dem einen Teile eine schriftliche Mitteilung des anderen Teiles über die Art und das Ergebnis der Abwicklung des Geschäfts zugegangen ist. Nach Ablauf dieser Frist kann das Geleistete nicht deshalb zurückgefordert werden, weil eine Verbindlichkeit nach Abs. 1 nicht bestanden hat." Als Abs. 3 wurde entsprechend einem Antrag Dr. Weber (nl.) der folgende Text hinzugefügt: „Diese Vorschriften gelten auch für eine Vereinbarung, durch die der eine Teil zwecks der Erfüllung einer Schuld aus einem Börsentermingeschäfte der im Abs. 1 bezeichneten Art dem anderen Teile gegenüber eine Verbindlichkeit eingeht, insbesondere für ein Schuldanerkenntnis, sowie für die Bestellung einer Sicherheit. Sie haben die Anwendung auf die Erfüllung und Uebernahme von Aufträgen sowie auf die Bereitstellung zum Zwecke des Abschlusses von Börsentermingeschäften der im Abs. 1 bezeichneten Arten." Zu dem § 53 ist folgender Antrag Schwarze-Lippstadt (Z.) eingegangen: Die Kommission wolle beschließen, den § 53 wie folgt zu fassen: „Durch ein Börsentermingeschäft, das nicht gegen ein durch dieses Gesetz oder den Bundesrat erlassenes Verbot verstößt, wird in einem Geschäfte zwecks, für welchen nicht beide Parteien zur Zeit des Geschäftsabschlusses in einem Börsenregister eingetragen sind, ein Schuldverhältnis nicht begründet. Das gleiche gilt von der Erteilung und Uebernahme von Aufträgen sowie von der Vereinigung zum Zwecke des Abschlusses solcher Geschäfte." Die Unwirksamkeit erstreckt sich auf die bestellten Sicherheiten und die abgegebenen Schuldanerkenntnisse. Das vor, bei oder nach der Abwicklung des Geschäfts Geleistete kann innerhalb eines Zeitraumes von drei Jahren, vom Tage der Abwicklung an gerechnet, zurückgefordert werden. Nach Ablauf dieser Frist kann das Geleistete nicht deshalb zurückgefordert werden, weil eine Verbindlichkeit nach Abs. 1 nicht bestanden hat." Die Beratung hierüber wurde vertagt.

* Die Wahlprüfungskommission hat die Wahl der Abgg. Wilbe (nl. 1. Merseburg, Torgau, Liebenwerda) und Wölfl (Hosp. der Natlib. Oberbayern München 1) für gültig erklärt.

Abgeordnetenhaus.

* In der Nachmittagssitzung der Budgetkommission erklärte der Minister für öffentliche Arbeiten, daß die Zahl der ständig beschäftigten Arbeiter stetig zunehme. Hierunter sind die Arbeiter zu verstehen, welche mindestens ein Jahr gearbeitet haben. Trotz der Hochsonjunktur 1905/06 sind von den ständig beschäftigten Arbeitern nur 3½ pCt. freiwillig oder unfreiwillig ausgeschieden, während in den früheren Jahren der Prozentsatz ein viel höherer war, beispielsweise 1899 6. Der Prozentsatz der etatsmäßig Angestellten ist 64, der außeretatsmäßigen 36. Von verschiedenen Seiten wurde über den Bahnpostbuchhandel Klage geführt und um Abhilfe gebeten, respektive um genauere Kontrolle des Bahnpostbuchhandels durch die Verwaltung. Die Klagen bezogen sich nicht dahin, daß eine Zensur ausgeübt werden solle, sondern nur, daß bei der Auswahl der Zeitungen sehr unparteiisch vorgegangen werde. Hinsichtlich der Klagen der höheren Techniker über Bevorzugung der Juristen erklärte der Minister, man müsse nicht gegeneinbestellen Techniker und Juristen, sondern Techniker und Verwaltungsbeamte mit juristischer Grundlage. Letzteren stände nur eine höhere Stelle zur Verfügung, nämlich als Direktionsmitglied, den Technikern dagegen zwei Stellen, als Vorstand der Inspektion und als Direktionsmitglied. Daher sei für die Direktion eine größere Zahl von Technikern als Anwärtern vorhanden. Bei den Dezernaten sei zwischen solchen der reinen Verwaltung, der reinen Technik und gemischten Dezernaten zu unterscheiden. Eine Aenderung in der Abgrenzung könne er nicht in Aussicht stellen. Eine allgemeine Vorbildung würde weder ordentliche Techniker, noch ordentliche Verwaltungsbeamte ergeben. Auch die Privatbahnen hätten nicht anders gehandelt. Gerade bei den Staatsbahnen seien die höheren Techniker mehr zur Geltung gekommen als früher. Der Minister bespricht ferner einen Erlaß betr. die Vereinigung höherer Techniker und von den selben verteilte Denkschrift. Diese sei eine schwere Agitationsschrift gewesen, die den Frieden innerhalb der Verwaltung gefährdet habe. Das Petitionsrecht der Beamten werde nicht beeinträchtigt. Er suche die Interessen der Verwaltungsbeamten und der Techniker gleichmäßig zu fördern. Der Minister sagte, daß die Maßregel, daß nach sieben Stunden Nachtdienst eine dreißigstündige Ruhe der Angestellten eintreten sollte, eine sehr umfassende Maßnahme sei, die kostspielig sei und die erfordere, daß ordnungsmäßig ausgebildetes Aufsichtspersonal bereit sei. Er hoffe jedoch in einigen Jahren diese Maßregel durchgeführt zu sehen. Ueber die Freikarten und Freischeine entspann sich eine längere Erörterung. Der Minister erklärte, daß die Freikartenberechtigung auf die Lajbdaten zu verweisen sei, sei eine sehr bedenkliche Maßregel. Die geldliche Bedeutung der Freikarte, die Beamte und andere, namentlich auch andere Bahnverwaltungen sei sehr erheblich. Er wolle aber Gebungen anstellen und zur gegebenen Zeit davon Mitteilung machen. Jedenfalls könne er nicht anerkennen, daß Mißstände aus den Freikarten der Angestellten sich ergeben hätten. Für Kohlen sind (abgesehen von Oberschlesien) breijährige neue Verträge abgeschlossen. Das Werk der Preußischen Bergwerkbetriebe erzielte 14 Mill. Mark. Die Lieferung Verträge für Kokes und Oberbaumaterial haben sich günstig erwiesen, sie haben eine Ersparung bei Kohlen von etwa 20 Millionen, bei Oberbaumaterial von etwa 8—10 Mill. Mark ergeben. Der Minister machte eingehende Mitteilungen über die Abgleichung für Kohlen, Schienen und Schwellen. Auf eine Bemerkung aus der Kommission, daß die Qualität der Kohle sich verschlechtert habe, und daß man der Ansicht sei, daß dies zurückzuführen ist auf die größere Nachgiebigkeit gegen die Leistungen der Arbeiter, indem die Kohle jetzt nicht so rein gefördert würde, gab der Minister zu, daß allerdings die Kohle sich verschlechtert habe. Die Verwaltung übe eine scharfe Kontrolle, und es müsse anerkannt werden, daß der Mehrverbrauch an Kohle zum Teil auch auf die weniger gute Qualität zurückzuführen sei. Hinsichtlich der Zugverspätungen hofft der Minister durch grundsätzliche Bestimmungen in absehbarer Zeit wesentliche Abhilfe schaffen zu können. Die Verwendung hölzerner Schwellen hat gleichmäßig zugenommen, wie die der eisernen Schwellen. Was an inländischer Produktion zur Verfügung stehe, erwerbe die Staatsregierung. Mit dem Bau der 20-Tonnen-Wagen wird fortgefahren. 1907 sind 3000 20-Tonnen-Wagen gebaut, und für 1908 ist dieselbe Zahl in Aussicht genommen. Die durchgehende Bremse ist für Güterzüge sehr erwünscht und für Eilgüterzüge zum großen Teil auch schon eingeführt. Ganz gestärt sei noch der technischen Seite die Frage der durchgehenden Bremse noch nicht. Was die Beleuchtung der Wagen anlangt, so erklärte der Minister, daß das Gasglühlicht das beste Beleuchtungsmittel sei. Es sei auch keineswegs gefährlicher als die elektrische Beleuchtung. Das Gasglühlicht würde für die Zukunft hauptsächlich verwandt werden; die allgemeine Ansicht der Techniker gehe dahin, daß dieses Licht keineswegs feuergefährlicher sei als die elektrische Beleuchtung, und die Eisenbahnverwaltungen des ganzen Kontinents stehen auf diesem Standpunkt. Für die D-Züge werden jetzt die elektrischen Steckjalousien beibehalten werden. Bei allen größeren Bahnhöfen werde man hochlegende Bahnsteige in Zukunft einführen. Im übrigen versprach der Minister, sich der Erhaltung des Wirtshausbaues anzunehmen. — Nächste Sitzung Freitag (direkte und indirekte Steuern); die letzte Etatsberatung der Budgetkommission wird voraussichtlich am nächsten Dienstag stattfinden.

Verantwortlicher Redakteur: Otto Runge in Berlin. Druck und Verlag der Norddeutschen Buchdruckerei und Verlagsanstalt, Berlin SW. 48, Wilhelmstr. 32.